EP-W-01-269

Kapitel 2: Stärken, was uns zusammenhält: die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vertiefen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in: Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV)

Änderungsantrag zu EP-W-01

Von Zeile 269 bis 273:

~~Mit dem Euro ist ein Europa der mehreren Geschwindigkeiten bereits Realität: Die Länder des Euro teilen eine gemeinsame Geldpolitik. Das macht für diese Länder auch in anderen Bereichen gemeinsame Schritte notwendig, die für die Nicht-Euroländer nicht essenziell sind. Lösungen für die Eurozone sollten aber immer offen für andere Mitgliedstaaten sein, wie es etwa schon heute bei der Bankenunion der Fall ist.~~

Der Euro ist die Währung der Europäischen Union. Mit dem Vertrag von Lissabon haben sich alle EU-Mitgliedstaaten - bis auf Dänemark und Großbritannien - zur Einführung des Euro verpflichtet, sobald sie die Euro-Kriterien erfüllen. Bereits heute sind alle EU-Staaten über den EU-Binnenmarkt sehr eng miteinander verflochten. Wirtschafts- und finanzpolitische Stabilitätsverfahren gelten ebenso für alle. Euro und Binnenmarkt sind politisch wie wirtschaftlich nicht voneinander zu trennen. Deshalb ist es notwendig, die Wirtschafts- und Währungsunion gemeinsam mit allen 27 Mitgliedstaaten zu stärken und weiterzuentwickeln. Eine kategorische Spaltung in einen Euro-Exklusivclub und den Rest lehnen wir ab, denn alle den Euro betreffenden Entscheidungen haben auch unmittelbare Auswirklungen auf Nicht-Eurostaaten. Neue Instrumente sollten daher für alle 27 EU-Staaten konzipiert sein oder Nicht-Eurostaaten zur Teilnahme an weiteren Reformen ermutigt werden, so wie dies etwa schon heute beim EU-Investitionsfonds (EFSI) oder der Bankenunion der Fall ist.

Begründung

Der BuVo-Entwurf stellt hier eine 180-Grad-Drehung zur langjährigen Beschlusslage her. Wir haben ein Kerneuropakonzept immer abgelehnt und nie die Verflechtung aller EU-Mitgliedstaaten über den EU-Binnenmarkt in Frage gestellt. Nun zu behaupten, dass gemeinsame Schritte der Euro-Staaten für Nicht-Euro-Staaten nicht essentiell seien, ist nicht nur falsch, sondern auch eine Umkehr von jahrelanger Beschlusslage von Partei und Fraktion.

weitere Antragsteller*innen

Hermann Kuhn (Bremen-Mitte KV); Diana Siebert (Köln KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Eimsbüttel KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Reinhard Bütikofer (Berlin-Mitte KV); Lena Zagst (Hamburg-Mitte KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Stephan Bischoff (Magdeburg KV); Dániel Fehér (Berlin-Pankow KV); Jonathan Worth (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Daniel Freund (Aachen

KV); Stephan Heymann (Hamburg-Wandsbek KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Till Steffen (Hamburg-Eimsbüttel KV); Pat Drenske (Hannover RV); Manuel Muja (Hamburg-Mitte KV); Carolin Holzhäuser (Berlin-Pankow KV)